

**X. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung, 29.-31. Januar 2015,**  
Ringberghotel Suhl  
Kolloquiumsbericht von *Michaela Petkovic*

Das diesjährige Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung fand Anfang des Jahres im Ringberghotel in Suhl statt. Zum dritten Mal in Folge diskutierten aktuelle und ehemalige Stipendiaten geförderte Forschungsprojekte in der Tagungsatmosphäre der *Geschichtsmesse 2015*. Dieses Mal widmete sich die jährlich stattfindende Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung dem 25. Jubiläum der *Deutschen Einheit* und lud zahlreiche Multiplikatoren der historisch-politischen sowie schulischen Bildung dazu ein, aktuelle Projekte vorzustellen, sich über zeithistorische Konjunkturen und erinnerungskulturelle Trendentwicklungen zu informieren und den Stand der Aufarbeitung im Spiegel europäischer Entwicklungen zu bilanzieren. Als Informations- und Vernetzungsbörse ist die Geschichtsmesse auch für Stipendiaten eine Plattform, um sich mit KollegInnen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen oder zu vertiefen und praktische Einblicke in die Arbeitswelt des Historikers zu erlangen. Darüber hinaus bieten die Podiumsveranstaltungen und Vorträge einen wissenschaftlichen Mehrwert, weshalb sich die Stipendiaten auch dieses Mal erst im Anschluss an den Eröffnungsvortrag von David Clarke: *Geteilte Erinnerung im vereinten Deutschland* einfanden, um den Beginn des zweitägigen Kolloquiums unter der Leitung von Dr. Ulrich Mähler einzuläuten. Neun Stipendiaten stellten ihre Projekte vor oder berichteten über die Fortschritte ihre Forschungen, nahmen die Herausforderungen der wissenschaftlichen Diskussion an und holten sich inhaltliche und konzeptuelle Anregungen. Das Stipendiatenkolloquium war wie üblich interdisziplinär zusammengesetzt und thematisch vielfältig. Neben zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Projekten präsentierten die Teilnehmer kunsthistorische Themen, nahmen soziologische oder medientheoretische Perspektiven ein, diskutierten geeignete Darstellungsformen und ließen sich dazu ermuntern, herkömmliche Zäsuren zu hinterfragen und auch den Wiedervereinigungsprozess in ihre Reflexionen zu integrieren.

Den Anfang machte **Sebastian Stude** und stellte erste Zwischenergebnisse seines Dissertationsprojekts über das *Kernkraftwerk Rheinsberg (1956-1990)* vor. Die Studie analysiert das brandenburgische KKW vor dem Spiegel zeitgenössischer Atomeuphorie und der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz und verortet es anschließend im regionalen Kontext, setzte es die SED-Führung doch als einen Motor zur wirtschaftspolitischen Entwicklung der Region ein. Für Stude ist das *KKW Rheinsberg* lediglich ein ideologisch überfrachtetes Prestigeobjekt: Zwar nahm es den Betrieb noch vor dem westdeutschen Pendant im Jahr 1966 auf, hatte jedoch von Beginn an mit technischen Rückschlägen zu kämpfen und sei daher aus energiepolitischer Perspektive als Misserfolg zu deuten. Um jedoch dessen Symbolcharakter sowie die soziale und politische Bedeutung auszuleuchten, fokussiert Stude zunächst die Herrschaftspraxis der SED, wie sie sich etwa an der Betriebspolitik bzw. der betrieblichen Organisationsstruktur zeigt und stellt anschließend das Atomkraftwerk in den Mittelpunkt einer mikrohistorischen Studie. Das Forschungsinteresse gilt den Lebenswelten der Rheinsberger. Das Vorhaben fragt nach den sozialen Folgewirkungen des zentralstaatlichen Großprojekts für das städtische Zusammenleben. Methodisch wählt Stude daher einen integralen Ansatz zwischen Politik- und Gesellschaftsgeschichte, um die *konstitutive Widersprüchlichkeit* der DDR (Kocka) im Spannungsfeld der staatlichen Planvorgaben und der sozialen Wirklichkeit zu eruieren. Die an Studes Vortrag anschließenden Diskussionsbeiträge regten dazu ein, die Arbeit stärker vor zeithistorischen Fortschrittsdiskursen zu betrachten sowie Befunde aus der einschlägigen betriebsgeschichtlichen DDR-Forschung einfließen zu lassen, um das Alleinstellungsmerkmal des Rheinsberger Kernkraftwerks zu profilieren. Zuletzt könnte auch ein Zäsur-übergreifender Blick auf die 1990er Jahre als Vergleichsfolie andienen, um den lebensweltlichen Stellenwert des technisch-anspruchsvollen Großprojekts für die örtliche Bevölkerung zu rekonstruieren.

Im zweiten Vortrag stellte **Teresa Tammer** ihr Dissertationsvorhaben mit dem Arbeitstitel *Homosexualität im geteilten Deutschland. Eine Verflechtungsgeschichte der 1970er und 1980er Jahre* vor. Das Projekt untersucht den Umgang der Politik mit männlicher Homosexualität und fragt nach deutsch-deutschen Wechselwirkungen nach dem Abbau der strafrechtlichen Diskriminierung schwuler Männer in beiden deutschen Staaten Ende der 1960er Jahre. Anhand der Themenfelder *Strafrecht*,

*Schwulenbewegung* und *AIDS-Aufklärung* geht die Studie der Frage nach, welche Bedeutung die deutsch-deutsche Verflechtung für den politischen und gesellschaftlichen Wandel im Umgang mit männlicher Homosexualität hatte. Auf Grundlage staatlicher Dokumente, schriftlicher Nachlässe und Zeitzeugeninterviews analysiert Tammer innerstaatliche Reformprozesse und gesellschaftliche Wahrnehmungsmuster auf ihre grenzüberschreitende Rezeption hin. Die Studie folgt einem transfergeschichtlichen Ansatz: Das Politikfeld Homosexualität wird vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz entfaltet und nach einem möglichen *Reformwettlauf* der beiden deutschen Staaten gefahndet. Die anschließende Diskussion thematisierte insbesondere die Vorgeschichte der Antidiskriminierungsgesetze in den frühen 1960er Jahren: Eine stärkere Kontextualisierung des Forschungsgegenstands vor der Folie damaliger gesellschaftlicher Liberalisierungsdiskurse ließe sich gewinnbringend in die Analyse der Reformprozesse einbringen. Ein Blick auf wechselseitige Einflüsse in weiteren Politikfeldern könnte außerdem womöglich strukturelle Überschneidungen offenlegen und böte daher eine hilfreiche Projektionsfläche für die konzeptuelle Ausgestaltung des Forschungsvorhabens. Auch die strafrechtliche Gleichstellung der homosexuellen und heterosexuellen Männer in der DDR (1988) eröffnet Anknüpfungspunkte für differenzierte Betrachtungen: Schielte die strafrechtliche Liberalisierung etwa lediglich auf Westdeutschland oder reflektierte sie auch innergesellschaftliche Pluralisierungsprozesse?

Im ersten Abendvortrag präsentierte **Jessica Bock** ihre Forschungen zur *ostdeutschen Frauenbewegung vor und nach der Wiedervereinigung (1980-2000) am Beispiel der Stadt Leipzig*. Leipzig war das ostdeutsche Zentrum einer differenzierten frauenpolitischen Organisationslandschaft, die seit den 1980er Jahren zunächst lokale Diskussionsräume erschlossen und schließlich überregionale Ausstrahlungskraft entfaltet hat. Bock rückt die vielfältigen Gruppen und Netzwerke als Akteurinnen ins analytische Zentrum und fragt zunächst nach ihrer Teilhabe am Umbruch 1989/1990, um anschließend auch den Beitrag der Aktivistinnen an der Demokratisierung auszuloten bzw. den Transformationsprozess einer feministischen Kritik zu unterziehen. Der Studie liegt ein hermeneutisch inspiriertes Forschungsprogramm zugrunde: Mit methodischen Anleihen aus der Bewegungs- und Raumsoziologie eruiert Bock die Handlungsspielräume und Interaktionen der Frauengruppen. Erste Zwischenbefunde deuten darauf hin, dass erstens die genderpolitische Agenda bestehende Herrschaftsbeziehungen hinterfragte und zweitens der politische Umbruch 1989/1990 für die Frauenbewegung vielfach von Kontinuitäten geprägt war und weniger als Zäsur zu deuten sei. Die nachfolgende Diskussion stellte konzeptuelle Überlegungen und kontextspezifische Anregungen in den Vordergrund: Zu beachten seien die Fallstricke akteurszentrierter Forschungen, tendierten jene doch gelegentlich dazu strukturelle und kontextuelle Einflussfaktoren zu vernachlässigen und in dem konkreten Fall die Rolle der Frauengruppen am Umbruch womöglich überzubewerten. Daher sollten sowohl die Aktivistinnen, ihre politischen Konzepte und Selbstbeschreibungen im zeitgenössischen Diskurs verortet als auch die offizielle Frauenpolitik der SED berücksichtigt werden: Fragen nach möglichen programmatischen Berührungspunkten zwischen der staatlichen Agenda und den Zielen der Frauengruppen könnten genauso aufschlussreich sein wie etwaige personelle Interaktionen mit offiziellen Frauenorganisationen.

Im letzten Vortrag des Tages befragte **Felix Paetzel** das Medium *Ratgeber* auf den Wandel von Wissensordnungen und Rollenbildern vor und nach dem Mauerfall hin: *Von der sozialistischen Persönlichkeit zum unternehmerischen Selbst* lautet der Arbeitstitel des wissenschaftlich angelegten Dissertationsprojekts. Die Studie strebt an, einen Beitrag zur alltagsgeschichtlichen Forschung zu leisten und die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Wissens- und Handlungsbestände der Ostdeutschen zu ergründen. Der Ratgeber wird dabei als historische Quelle verstanden, die gesellschaftliches Problemlösungswissen kondensiert bzw. bereitstellt und dadurch Rückschlüsse auf kollektive Orientierungsbedürfnisse und Vorstellungswelten ermöglicht. Paetzel macht Konjekturen gesellschaftlicher Problemlagen aus, die für das Forschungsvorhaben strukturgebend sind: Werden in den 1980er Jahren Alltagsprobleme einer Mangelgesellschaft prominent behandelt, stehen in der Umbruchphase marktwirtschaftliche Herausforderungen und neue Berufsperspektiven im Mittelpunkt der Ratgeber. Die 1990er Jahre hingegen sind von Normalisierungsdiskursen geprägt, wobei das Medium selbst verstärkt stabilisierend und integrativ

wirkt. Paetzel arbeitet mit Subjekttheorien und zieht medientheoretische Ansätze hinzu, um relevante Themenfelder – wie Recht, Alltag, Familie, Freizeit, Arbeit – für die Analyse herauszufiltern und auf den historischen Wandel hin zu untersuchen. Anschließende Diskussionsbeiträge regten dazu an, den Forschungsgegenstand thematisch zu verschlanken, den Quellenkorpus zusätzlich einzuschränken und auf diesem Weg zu einer systematischen Auswertung vorzudringen. Eine stärker zeithistorisch ausgerichtete Perspektivierung könnte sich ebenfalls als fruchtbar erweisen; so wären etwa DDR-spezifische Einflussfaktoren deutlicher zu berücksichtigen. Insbesondere die sukzessiven deutsch-deutschen Angleichungsprozesse ab Mitte der 1990er Jahre seien für Fragestellungen interessant: Welche Zeitschriften etwa nehmen seither verstärkt Ratgeberseiten in ihr Portfolio auf und gibt es womöglich ein Ost-West-Gefälle bzw. unterschiedliche Themenkonjunkturen?

Den zweiten Kolloquiumstag eröffnete **Mark Hohmann** mit der Vorstellung seiner Forschungen zur *Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in Wernigerode*. Hohmann verortet die Gedenkstätte im Spannungsfeld der sozialistischen Geschichtspolitik und regionaler Aneignungspraxis und leuchtet die Genese des Ortes sowie lokale Inszenierungen vor der Folie der politischen Massenarbeit und der gängigen historischen Narrative aus. Die Studie beabsichtigt die SED-Geschichtspolitik jenseits der prominenten nationalen Mahn- und Gedenkstätten zu erforschen, die beteiligten Akteure herauszuarbeiten und die Bedingungen der praktischen Erinnerungsarbeit zu rekonstruieren. Der Gedenkort selbst befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Außenkommandos des KZs Buchenwald und ist – geweiht im Jahr 1974 – die letzte offiziell errichtete Gedenkstätte in der DDR. Zuvor nutzte die Stadtverwaltung das Gelände als Flüchtlingslager, Alten- oder Pflegeheim. Erst Ende der 1960er Jahre entdeckte die Stadt auf Initiative von Zeitzeugen den historischen Ort wieder, um ihn schließlich im Laufe der 1970er Jahre unter parteipolitischer Anleitung sukzessive erinnerungskulturell zu überformen: Ein Gedenkschrein, eine Bronzeplastik, ein Museum oder eine Bibliothek sollten vornehmlich das Narrativ des gemeinsamen deutsch-sowjetischen Widerstands symbolisch untermauern und weniger die KZ-Barracken authentisch rekonstruieren. Auch die Funktionszuschreibungen wandelten sich im zeitlichen Verlauf. Die Gedenkstätte, mit mehreren Bedeutungen überfrachtet, diente der Erziehungs- und Bildungspolitik oder dem Kulturbetrieb, war ein Ort für Initiationsriten und Gruppenausflüge und ließ sich in die Alltagspraxis der Stadtbewohner integrieren. Hohmanns Studie geht dieser Entwicklung nach und fragt, warum der Ort in den 1970er Jahren auf Aufmerksamkeit stieß bzw. geschichtspolitische Relevanz erhielt. Die Diskussionsbeiträge regten an, diesen Wendepunkt konzeptuell aus der Perspektive der Akteure zu entfalten und das Zusammenspiel zwischen Zeitzeugeninitiativen und der offiziellen Geschichtspolitik zu eruieren. Es könnte sich zudem als ergiebig erweisen, die Konzeption der Gedenkstätte vor dem DDR-Museumswesen bzw. vor zeitgenössischen Authentizitätsdebatten zu kontextualisieren.

Im zweiten Vortrag stellte **Johannes Mühle** sein Forschungsprojekt mit dem Arbeitstitel *Mobilmachung und Militarisierung. Die Vorbereitungen der DDR auf den Verteidigungszustand 1970-1990* vor. Im Spiegel des Rüstungswettlaufs und der atomaren Abschreckung untersucht Mühle die Kriegsvorbereitungsmaßnahmen und Mobilmachungsstrategien der SED mit dem Ziel die Militarisierung der DDR-Gesellschaft zu quantifizieren bzw. das symbiotische Wirken zwischen militärischen und zivilen Bereichen systematisch zu analysieren. Die Studie ermittelt Schnittstellen, rekonstruiert den volkswirtschaftlichen bzw. materiellen Ressourcenaufwand und lotet die militärische Erfassung der Zivilbevölkerung – etwa via Wehrerziehung oder Zivilverteidigung – bzw. des gesellschaftlichen und privaten Besitzes aus. Mit ihrer Kategorisierungspraxis schuf die SED Mühle zufolge ein Kontrollinstrument, das zu ihrem Machterhalt beigetragen habe, obwohl das Primat des Militärischen aus volkswirtschaftlicher Perspektive zu einer erheblichen Güterverknappung führte. Auch daher sei das *System der sozialistischen Landesverteidigung* strategisch nicht lediglich nach außen, sondern genauso nach innen gerichtet gewesen. Die an den Vortrag anschließende Diskussion hob konzeptuelle Fragestellungen hervor: Insbesondere die Zäsur Anfang der 1970er Jahre, die den Untersuchungszeitraum einleitet, bietet kontextuelle Anknüpfungspunkte, die sich gewinnbringend prononcieren lassen, um über das Argument der Herrschaftssicherung hinaus weitere Spezifika der Mobilmachungspraxis der DDR herauszuarbeiten. Auch wäre zu reflektieren, ob das Forschungsvorhaben von einer deskriptiv-analytischen Darstellungsform profitieren würde, könnte

doch eine verlaufsgeschichtliche Einordnung des Gegenstands dazu verhelfen, die vielfältigen Themenfelder und Kategorien zu synthetisieren. Schließlich wiesen Diskussionsbeiträge darauf hin, dass die Blockkonfrontation und die hintergründige Logik der Abschreckungsphilosophie womöglich deutlicher hervorzuheben seien.

Im Anschluss präsentierte **Anette Müller-Spreitz** ihr Forschungsvorhaben, das die *Bildtitel des DDR-Malers Wolfgang Mattheuer* vor der Folie des staatlich reglementierten Kunstbetriebs zwischen 1950 und 1990 untersucht und auf Anpassungsleistungen und Unterwanderungsstrategien hin befragt. Mattheuer selbst war ein staatlich anerkannter Künstler. Die Gemäldetitel setzte er jedoch bewusst ein, um intertextuelle Bedeutungshorizonte aufzuspannen und auf Themen zu verweisen, die über sozialistische Dogmen und Weltbilder hinausreichten. Müller-Spreitz analysiert Mattheuers Bildunterschriften, indem sie medientheoretische und sprachwissenschaftliche Ansätze aufgreift und vor dem zeithistorischen Kontext der sozialistischen Diktatur betrachtet. Die Studie deutet die Bildtitel zeitgleich unter stilistischen und formalen Gesichtspunkten und leistet daher einerseits einen Beitrag zur Mattheuer-Rezeption und formuliert andererseits Aussagen über das Medium selbst, da sie Merkmale herausarbeitet, um seine politischen und kunsttheoretischen Funktionen zu erschließen: Mit dem Bildtitel ließen sich ideologische Botschaften transportieren oder politische Loyalitäten einfordern und zugleich individuelle Spielräume erschließen bzw. subversive Potenziale freisetzen. Eine kontrapräsentische Wort-, Themen- oder Stilmittelwahl ermöglicht dem Künstler, staatlich verordnete sozialistische Topoi und Sprachkategorien via Subtext zu umgehen und auf diesem Wege schöpferische Autonomie zurückzugewinnen. Mattheuers Werk interagierte mit sozialistisch propagierten Figuren und Kategoriensystemen, forderte sie aber auch, so die These der Studie, mit den Ausdrucksmöglichkeiten des Bildtitels heraus. Am Beispiel des Gemäldes *Die Ausgezeichnete*, dessen Bildunterschrift die bildliche Darstellung konterkariert, zeigte Müller-Spreitz auf, mit welchen Techniken sich Mattheuer etwa den Erwartungen des Betrachters entzieht und ideologische Brüche evoziert. Die Diskussionsbeiträge regten dazu an, die Rezeption von Mattheuers Werk in Ost- und Westdeutschland näher zu betrachten und feuilletonistische Debatten auf Interaktion bzw. die Thematisierung der Bildtitel hin zu prüfen, um die gesellschaftliche Resonanz der formulierten systemkritischen Botschaften zu ermitteln. Insbesondere seien die zeitgenössischen Kunstdebatten zu berücksichtigen, ließe sich so der rezeptionsästhetische Mehrwert der Bildtitel erfragen.

Nach der Mittagspause stellte **Christian Gaubert** seine vorangeschrittenen Forschungen zur *DDR im Spiegel musealer Präsentation* vor. Das Dissertationsprojekt fokussiert private und öffentliche Alltagsmuseen als historische Quelle und untersucht die Ausstellungsangebote auf Kontinuität und Wandel des DDR-Bildes. Ziel ist es, Anzeichen einer fortschreitenden Historisierung der DDR-Erinnerung aufzuspüren. Seine Zwischenergebnisse deutet Gaubert vor den Empfehlungen der Sabrow-Kommission, die in ihrem 2006 vorgelegten Gutachten dazu anregte, den DDR-Alltag verstärkt in die öffentliche Aufarbeitungspraxis zu integrieren. Die Studie zieht eine kritische Bilanz der bisherigen Erinnerungsdiskurse, wenn sie eine Zunahme alltagsgeschichtlicher Komponenten in der öffentlichen DDR-Repräsentation herausarbeitet und die Gefahr einer Weichzeichnung der Diktatur problematisiert. Mit Blick auf das Verhältnis der privaten und öffentlichen Ausstellungsprojekte beobachtet Gaubert, dass vormalige Grenzen sukzessive verwischen, da sich beide Angebote zunehmend Marktbedingungen unterwerfen und ähnliche Themenfelder – wie Mangelwirtschaft oder Konsum – wählen bzw. auf Unterhaltungskonzepte oder die ironisch-überzeichnete Politisierung des Individuums setzen, wobei sich die privaten Alltagsmuseen als Trendsetter erweisen. Das gegenwärtige Angebot reproduziere gängige, medial vermittelte und festgefahrene Klischees, um die Erwartungshaltungen der jüngeren Nach-Wende-Generation, so die These, zu befriedigen. Gauberts Resümee zielt schließlich auf die Historisierung der DDR-Erinnerung ab, die einem fortwährendem Wandel unterliege und vermehrt widersprüchliche Gedächtnismuster harmonisiere: Das heutige Verständnis von Alltagsgeschichte habe seine einstige diskursive Substanz eingebüßt. Lassen sich alltagsgeschichtliche Initiativen der 1990er Jahre als eine ostdeutsche *Selbstermächtigung* lesen, bestätigen die heutigen Angebote vermehrt westlich geprägte Sehgewohnheiten und zeigen, wie jene den Blick vieler Ostdeutscher auf den DDR-Alltag verändert haben. Im Anschluss an den Vortrag diskutierten die Teilnehmer unter anderem darüber, ob der Fokus auf die Empfehlungen der Sabrow-

Kommission für das Forschungsvorhaben ergiebig sei. Die sich abzeichnenden Ergebnisse der Studie wurden außerdem auf ihre praktische, museumspädagogische Anwendbarkeit hin befragt.

Im Abschlussvortrag stellte **Tilman Wickert** sein Dissertationsprojekt vor, das den Arbeitstitel *Kampf um die Köpfe – Berliner Hochschulpolitik und Hochschulwesen 1945-1990* trägt. Die Studie fokussiert den Reformwettbewerb zwischen der Humboldt- bzw. der Freien Universität Berlin vor dem Kontext des Kalten Krieges, analysiert die hintergründigen Logiken der Konkurrenzsituation und leuchtet jeweilige Interaktionen, Ausstrahlungseffekte und taktische Anpassungsleistungen aus: Das Forschungsvorhaben fragt danach, wie sich die Systemkonkurrenz auf das strategische Verhalten der Akteure ausgewirkt hat bzw. wie die Blockkonfrontation die reformpolitische Agenda der beiden Universitäten beeinflusst hat. Wickert greift dabei auf das Konzept der *innerstädtischen Systemkonkurrenz* (Lemke) zurück, d.h. er situiert die Hochschulpolitik und den Universitätsalltag in das deutsch-deutsche Spannungsfeld der Abgrenzung und Verflechtung. Die Forschungskonzeption differenziert schließlich vier Teilbereiche der Hochschulpolitik aus, die einer Politikfeldanalyse unterzogen werden sollen: *Hochschulreform*, *intersektorale Mobilität*, *Fürsorgepolitik* und *Berlin-Politik*. Systematisch sollen Themen wie die Praxis der Stipendienvergabe und Elitenabwerbung oder Grenzgänger- und Flüchtlingspolitik abgehandelt sowie Aktivitäten und Einflüsse studentischer Netzwerke herausgearbeitet werden. Anschließende Diskussionsbeiträge regten insbesondere dazu an, vertiefende begriffliche und konzeptuelle Überlegungen anzustellen. So ließe sich die Fragestellung präzisieren und somit der Forschungsgegenstand verschlanken, wenn der Terminus der Hochschulpolitik inhaltlich geschärft und etwa von dem der Bildungspolitik abgegrenzt würde. Zu überdenken sei außerdem der systematische Aufbau der Arbeit: Die Diskussionsteilnehmer wiesen darauf hin, dass eine chronologische Struktur, die sich an ereignisgeschichtlichen Konjunkturen orientiert und die einzelnen Themen im Kontext der deutsch-deutschen Debatten entfaltet, womöglich zur Übersichtlichkeit und zur Entflechtung des Forschungsvorhabens beitragen würde.

Die Abschlussbesprechung ließ vor allem organisatorische Abläufe Revue passieren und thematisierte die Vor- und Nachteile des Tagungsortes für die Produktivität des Kolloquiums. Die Teilnehmer schilderten ihre überwiegend positiven Erfahrungen mit dem Format, so dass sich kommende Stipendiaten vermutlich auch auf die Geschichtsmesse 2016 in Suhl freuen können.